



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

■ ANALYSE

In Straßburg und im Netz. Die Aktivität der polnischen EU-Abgeordneten in der ersten Hälfte der siebten Wahlperiode des Europäischen Parlaments 2
Agnieszka Łada, Melchior Szczepanik, Warschau

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Polnische EU-Abgeordnete im Vergleich 7
Nutzung von internetgestützten Medien durch polnische EU-Abgeordnete 10

■ CHRONIK

Vom 20. März bis zum 2. April 2012 13

In Straßburg und im Netz. Die Aktivität der polnischen EU-Abgeordneten in der ersten Hälfte der siebten Wahlperiode des Europäischen Parlaments

Agnieszka Łada, Melchior Szczepanik, Warschau

Zusammenfassung

Die siebte Wahlperiode des Europäischen Parlaments, die im Januar 2012 Halbzeit hatte, war die zweite, in der polnische Abgeordnete in Straßburg und Brüssel auf den Parlamentsbänken saßen. In den Europawahlen 2009 wählten die Polen eine Gruppe von Repräsentanten, in der Experten stark vertreten sind – häufig im Bereich der europäischen Politik bereits erfahrene Politiker, die aus einer der drei großen politischen Strömungen kommen. Unter anderem aus diesen Gründen sind die aktuellen polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments in ihren Aktivitäten effektiver als die Abgeordneten der Wahlperiode 2004 bis 2009. Sie widmen ihre Tätigkeit häufiger europäischen Themen, als dass sie sich in der heimischen Politik engagieren. Ablesen lässt sich dies auch an ihrer Kommunikation mit Hilfe der neuen Medien.

Die aktuelle siebte Wahlperiode des Europäischen Parlaments hatte im Januar 2012 Halbzeit. Für die polnischen Abgeordneten ist dies bereits die zweite Wahlzeit in Straßburg und Brüssel, was erlaubt, Vergleiche zur ersten von 2004 bis 2009 zu ziehen. Die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments, die infolge des Lissabonner Vertrags im Dezember 2009 eintrat, erhöhte auch die Bedeutung der Rolle der Abgeordneten. Auch als einzige direkt gewählte Entscheidungsträger nehmen sie eine Schlüsselrolle im europäischen Entscheidungsprozess ein. Die Aufgabe der Abgeordneten ist allerdings nicht nur, Entscheidungen auf europäischer Ebene auf den Weg zu bringen. Um die Rolle des Bindeglieds zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern zu erfüllen, müssen sie die Informationen zum Thema Zukunft der EU, zu ihren Aktionsplänen und den zu erwartenden Veränderungen auch vermitteln. Nach der Hälfte der gegenwärtigen Wahlzeit des Europäischen Parlaments ist eine Analyse möglich, wie die polnischen Abgeordneten die ihnen übertragenen Aufgaben bisher umgesetzt haben.

Die politische Position der polnischen Abgeordneten im siebten Europäischen Parlament

Ein Teil der 50 polnischen Abgeordneten, die im Jahr 2009 gewählt worden sind, verfügten bereits über Erfahrungen mit der Arbeit im Europäischen Parlament. Infolge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon erhöhte sich die Zahl im Dezember 2011 auf 51. Grundlage der hier vorgestellten Analyse des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) ist jedoch die Gruppe der 50 Abgeordneten. Für 19 Abgeordnete war es die zweite Wahlzeit. Dies ist kein besonders hoher Anteil – beispielsweise befinden sich in der Gruppe der spanischen Parlamentarier, die der polnischen Gruppe zahlenmäßig am nächsten kommt,

26 Abgeordnete aus der vorangegangenen Wahlperiode. Allerdings muss hier in Betracht gezogen werden, dass vier polnische Parteien, die in der sechsten Wahlperiode ihre Parlamentarier entsandt hatten, seit 2009 gar nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten sind. Wichtig ist jedoch, dass von den aktivsten Abgeordneten der sechsten Parlamentsperiode die Mehrzahl auch für die siebte Periode ein Mandat erhielt. Sie sind über die drei größeren Fraktionen verteilt, in denen Polen vertreten sind: Neun in der *Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP)*, vier in der *Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D)* und sechs in der *Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR)*. Alle im Jahr 2009 zum ersten Mal gewählten polnischen Abgeordneten hatten also erfahrene Kollegen an ihrer Seite. Unter den neuen Abgeordneten befanden sich auch Politiker mit ausgeprägten Erfahrungen in der europäischen Politik (u. a. die ehemalige EU-Kommissarin Danuta Hübner). Eine Wahlniederlage erlitten die Vertreter eindeutiger euroskeptischer Parteien.

Vergleicht man die polnische Gruppe der sechsten und der siebten Wahlperiode, dann fällt vor allem auf, dass die Verteilung auf die Fraktionen anders aussieht. Am stärksten schlägt zu Buche, dass die Polen in den größten Fraktionen, *EVP* und *S&D*, stärker präsent sind. Auf diese beiden Fraktionen entfallen 61 Prozent aller Abgeordneten des Parlaments und, was wichtig ist, eine deutliche Mehrheit der Regierungsparteien der EU-Mitgliedsländer, deren Vertreter im Rat der Europäischen Union sitzen. Eine Schlüsselbedeutung für die letztgültige Gestalt der Entscheidungen im Europäischen Parlament hat die Debatte, die zunächst innerhalb dieser Fraktionen und dann zwischen denselben stattfindet. Die Abgeordneten kleinerer Fraktionen haben nur beschränkte Möglichkeiten, auf die Parlamentsentscheidungen Einfluss zu nehmen.

70 Prozent der polnischen Abgeordneten gehören den beiden größten Fraktionen an (in der vergangenen Wahlperiode waren es 44 Prozent). In dieser Hinsicht stehen die Polen nur den Italienern und Spaniern nach, lassen aber die Briten, Franzosen und Deutschen hinter sich. Etwas schlechter sieht es aus, wenn man den dritten großen Akteur der parlamentarischen Politik mit einbezieht, nämlich die *Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)*, in der kein polnischer Abgeordneter vertreten ist, dennoch bleibt das polnische Ergebnis sehr zufriedenstellend und deutlich höher als in der letzten Parlamentsperiode. Grund für diese Veränderung ist die Verstärkung der Abgeordneten aus der polnischen Partei *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* in der *EVP*. Die Anzahl der Abgeordneten der Linken in *S&D* reduzierte sich unbedeutend von neun auf sieben. In der aktuellen Wahlperiode nimmt die polnische Abgeordnetengruppe in der *EVP* den vierten Platz, das heißt 29 Sitze, ein: 25 Abgeordnete kommen aus der *PO* und vier aus der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*. Damit zählt sie nur einen Parlamentarier weniger als die französische Abgeordnetengruppe. Quantität bedeutet sicherlich nicht gleich Qualität, sie bedeutet aber eine stärkere Ausgangsposition. Dank dieser gestiegenen Anzahl kann die polnische Abgeordnetengruppe in jeden Ausschuss einige Parlamentarier delegieren und verfügt über umfassende Informationen über die Arbeit des Europäischen Parlaments. Bei Verhandlungen und Abstimmungen im Rahmen der Fraktion bedeutet eine stärkere Repräsentanz auch eine größere Sichtbarkeit; die polnische Parlamentariergruppe kann effektiver Koalitionen mit den Vertretern anderer Staaten eingehen, und – der wichtigste Aspekt – sie verfügt ganz einfach über eine größere Anzahl an Stimmen. Infolge der gestiegenen Anzahl an Parlamentariern in den größten Fraktionen ist das Potential der Polen ähnlich groß wie das anderer großer EU-Mitgliedsländer.

Die gestiegene Anzahl an Abgeordneten ermöglichte auch einen besseren Zugang zu Ämtern. Die starke polnische Vertretung in der *EVP* stärkte die Kandidatur von Jerzy Buzek für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments. Jan Olbrycht hat seit Januar 2012 die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der *EVP*-Fraktion inne. Die Abgeordneten Filip Kaczmarek (*EVP*) im Entwicklungsausschuss und Tadeusz Zwiefka (*EVP*) im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments besetzen die Posten von Koordinatoren. Deren Aufgabe ist es, die gute Zusammenarbeit aller Fraktionsvertreter in dem betreffenden Ausschuss im Auge zu behalten. Die Koordinatoren haben großen Einfluss auf die Aufgabenverteilung, sie können ihre Position und Autorität außerdem dafür einsetzen, die Haltung der Fraktion zu bestimmen

Fragen, die im Ausschuss behandelt wurden, zu beeinflussen. Das Amt des Koordinators kann man als Bestätigung der Kompetenz des betreffenden Abgeordneten seitens der anderen Ausschussmitglieder interpretieren.

Die Position der polnischen Abgeordneten in der *EVP* wird auch dadurch gestärkt, dass sie die Regierungskoalition in Polen repräsentieren. Die Verhandlungen über die Mehrheit der Rechtsakte der Europäischen Union finden parallel im Rat der EU und im Europäischen Parlament statt. Dabei sind die Parlamentarier, die heimische Regierungsparteien vertreten, besonders attraktive Verhandlungspartner – sie haben gewöhnlich einen besseren Informationszugang zum Stand der Vereinbarungen im Rat der EU und die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung ihres Landes im Rat der EU einen Standpunkt einnimmt, der deutlich vom Standpunkt abweicht, der von ihren Vertretern im Europäischen Parlament repräsentiert wird, ist gering. Im Falle Polens ist außerdem die hohe Meinung, derer sich Ministerpräsident Donald Tusk und seine Regierung in Europa erfreuen, von Bedeutung. Der Enthusiasmus und der Glaube an das Potential einer weiteren europäischen Integration, die Tusk bei seinen Auftritten vor dem Europäischen Parlament zum Ausdruck brachte, trafen auf eine sehr wohlwollende Reaktion der wichtigsten Fraktionsvorsitzenden. Die aktive Haltung der polnischen Regierung in der Europapolitik stärkt die Position der polnischen EU-Abgeordneten.

Die Abgeordneten, die bei der Europawahl 2009 auf der Liste der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*, der größten Oppositionspartei in Polen, angetreten waren, begannen ihre Wahlzeit als Mitglieder der kleineren Fraktion *ECR*. Diese Fraktion entstand, weil die britischen Konservativen und Abgeordnete der tschechischen *Demokratischen Bürgerpartei (ODS)* die *EVP* verlassen hatten. Außer den Briten, Tschechen und Polen gehören zur *ECR* einzelne Abgeordnete aus sechs Ländern. Obwohl es auf den ersten Blick so aussieht, als würde die *ECR* ein größeres politisches Potential repräsentieren als die Fraktion *Europa der Nationen (UEN)*, der die *PiS*-Abgeordneten in der sechsten Wahlperiode angehört hatten, so ist doch der Unterschied in Wirklichkeit nicht groß. Die 53 Parlamentarier zählende Fraktion *ECR* ist zu klein, als dass sie daran denken könnte, das politische Kräfteverhältnis zu stören, das im Europäischen Parlament von den beiden großen Fraktionen und den Liberalen bestimmt wird. Mehr noch, die recht großen politischen Unterschiede zwischen den drei größten Nationen in der *ECR* haben zur Folge, dass die Fraktion häufig keinen gemeinsamen Standpunkt einnimmt. Als Hauptvorteil für die polnischen Abgeordneten kann die Gelegenheit zur engen Zusammenarbeit mit den Briten gelten, von denen einige

über langjährige Erfahrungen und eine starke Position im Europäischen Parlament verfügen.

Ähnlich wie in der vergangenen Parlamentsperiode bleibt ein Teil der polnischen Europaabgeordneten stark in der heimischen Politik engagiert. Europaabgeordnete spielten eine Schlüsselrolle bei beiden erfolgreichen Brüchen, zu denen es in der wichtigsten polnischen Oppositionspartei *PiS* in den Jahren 2009 und 2011 kam. Sowohl die regierende *PO* als auch *PiS* beriefen Europaabgeordnete als Wahlkampfchefs für die Parlamentswahlen in Polen im Jahr 2011.

Die wichtigsten Aktionsfelder und Erfolge der polnischen Abgeordneten

Ähnlich wie in der letzten Wahlperiode waren die polnischen Abgeordneten zuletzt sehr aktiv, was den Bereich der Beziehungen mit den Nachbarn der EU betraf, insbesondere mit den östlichen Nachbarn. Marek Siwiec (*SeD*) war Ko-Berichtersteller beim Monitoring der Nachbarschaftspolitik. Krzysztof Lisiek (*EVP*) und Ryszard Legutko (*ECR*) waren Berichtersteller bei den Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit Georgien. Die polnischen Abgeordneten gehören zu den entschiedensten Befürwortern der Intensivierung der Kontakte mit den östlichen Nachbarn und vertreten unmissverständlich die Haltung, dass diese Beziehungen zu einer EU-Mitgliedschaft führen sollten. Die Polen, vor allem der Vorsitzende der polnischen Abgeordneten in der *EVP*, Jacek Saryusz-Wolski, gehörten auch zu den aktivsten Befürwortern für die Einberufung der *Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST*, die ein Kontaktforum für Europaabgeordnete und Parlamentarier aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft werden soll. Sie begann ihre Arbeit im Jahr 2011.

Die Polen zeigten auch an Fragen der Energiepolitik großes Interesse und engagierten sich sehr aktiv an der Arbeit zur Regelung der Sicherheit von Gaslieferungen. Auf Initiative polnischer Abgeordneter wurden die Korrekturen verabschiedet, die eine Stärkung der Position der EU und bestimmter Mitgliedsstaaten gegenüber Drittstaaten garantieren, die der EU Gas liefern. Beschlossen wurde u. a., dass in Situationen unvorhergesehener Lieferunterbrechungen die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Gespräche mit den Drittstaaten führen soll. Die Europäische Kommission muss ihrerseits den Vereinbarungen mit Drittstaaten eine Klausel beifügen, die diese zur Respektierung der Grundsätze des gemeinsamen Marktes verpflichtet. Ein großer Erfolg im Bereich Energiepolitik war die Übernahme des Postens der Berichtersterlin des Europäischen Parlaments für Energiestrategie 2011–2020 durch Lena Kolarska-Bobińska (*EVP*).

Während die Polen zu einer stärkeren Integration in Sachen Energie aufrufen, nehmen sie allerdings im Bereich der Klimapolitik, die doch eng mit Energiefragen verknüpft ist, eine eindeutig defensive Haltung ein und steuern gegen die von Abgeordneten der Linken forcierten Aufforderungen, ambitioniertere Ziele im Kampf gegen die Klimaerwärmung aufzustellen (beispielsweise eine größere Reduzierung des CO₂-Ausstoßes).

Jan Olbrycht (*EVP*) und Konrad Szymański (*ECR*) hatten die Funktion der Vizevorsitzenden eines Sonderausschusses (*Ausschuss zu den politischen Herausforderungen*) inne, der die politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments für den »Mehrjährigen Finanzierungsrahmen der EU für die Jahre 2014–2020« festlegte. Die polnischen Abgeordneten stellten sich entschieden gegen die Vorschläge, das Budget zu beschränken, und verteidigten seine bisherige Ausprägung, in der die Kohäsionspolitik und die gemeinsame Landwirtschaftspolitik Priorität haben. Die Polen betonten dabei insbesondere die Vorteile der Kohäsionspolitik, und zwar nicht nur für die Mittelempfänger, sondern auch für die Nettozahler. Der Bericht dieses Ausschusses entspricht deutlich den polnischen Forderungen, denn er schlägt die Erhöhung des Budgets um 5 Prozent vor und fordert, dass die Mittel für die beiden genannten Politikbereiche zumindest auf dem Niveau bleiben sollten, die der »Mehrjährigen Finanzierungsrahmen für die Jahre 2007–2013« vorgesehen hat.

Weniger Interesse zeigten die polnischen Abgeordneten an den Verhandlungen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Polen waren sowohl im Ausschuss *Wirtschaft und Währung* (dort fanden die Arbeiten am sogenannten Sixpack statt, d. h. dem Gesetzespaket zu wirtschaftlichen Reformen in der EU) als auch im Sonderausschuss *Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise* unterrepräsentiert. Die Ursachen für das beschränkte Engagement in diesem Bereich kann man einerseits in einem gering ausgeprägten Gefühl, von der Krise bedroht zu sein, suchen, andererseits in der geringen Anzahl von Abgeordneten mit ökonomischer Ausbildung.

Die Untersuchungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten zeigen, dass bei der Mehrheit der grundlegenden Fragen der europäischen Politik – dem zukünftigen Haushalt und seiner Struktur, Außenpolitik und EU-Erweiterung, Energie- und Klimapolitik – alle Abgeordneten aus Polen ähnliche Standpunkte vertreten.

Obgleich die Abgeordneten aus Polen sich in vielen Fragen durch effektives Vorgehen auszeichneten, spielen die Schlüsselrolle in der parlamentarischen Politik immer noch die Abgeordneten aus den größten Ländern, der sogenannten alten EU. Sie verfügen gewöhnlich über eine deutlich längere Erfahrung und eine fun-

diertere Position in der europäischen Politik. Sie sind die Autoren der wichtigsten Berichte und schneiden auch beim Vergleich der Anzahl der Berichte besser ab als die Polen.

Die Kommunikation der Abgeordneten mit den Bürgern

Doch auch die effektivsten Aktivitäten im Europäischen Parlament bleiben ohne größeres Echo im eigenen Land, wenn sie nicht entsprechend den Bürgern, Medien, Experten und anderen Politikern vermittelt werden. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments stehen hier vor einer doppelten Herausforderung. Die Arbeit an verschiedenen Orten – in Straßburg, Brüssel, Delegationen in andere Länder, in Warschau und im eigenen Wahlkreis – hat zur Folge, dass der Kommunikation ein besonderes Gewicht zukommt. Gleichzeitig stoßen aber europäische Themen zurzeit auf kein größeres Interesse seitens der polnischen Bürger und der Medien, was die zusätzliche Herausforderung bedeutet, die Informationen über die EU und die eigene Arbeit im Europäischen Parlament so zu vermitteln, dass sie gern verfolgt werden. In der letzten Zeit wurde die Kommunikation über internetgestützte Medien besonders wichtig. Sie ermöglichen einen raschen Zugang zu Millionen von Nutzern. Ihre Nutzung birgt allerdings auch Herausforderungen.

Die Präsenz der Abgeordneten im Internet in Zahlen

Die polnischen Europaabgeordneten teilen sich in die Gruppe, die aktiv und sehr häufig viele internetgestützte Medien nutzt, und in die Gruppe, die diese so gut wie nie einsetzt. Diese Tendenz ist unabhängig vom Alter oder der politischen Gruppierung.

Unter den 50 polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben 49 eine eigene Webseite, 29 geben ihre direkte E-Mail-Adresse auf der Seite an, 21 haben ein Konto bei Facebook und 16 ein Twitter-Konto. Einen Blog führen 17 Personen und YouTube nutzen 26 Abgeordnete (alle Daten: Dezember 2011). Aufschlussreich ist auch die Aktivität der Abgeordneten in den sozialen Netzwerken, denn mit deren Hilfe können sie auf attraktive und schnelle Art und Weise die Internetnutzer erreichen.

Im Jahr 2010 verzeichnete Facebook in Polen über 8,5 Millionen Besucher. In diesem Zusammenhang steht, dass Politiker in diesem Informationskanal eine zunehmende Chance sehen, die Bürger zu erreichen. (Sicherlich animiert sie auch die effektive Nutzung dieses Mediums durch westliche Politiker, initiiert von Barack Obama im Jahr 2008.) Facebook zu nutzen, ist bereits Mode geworden.

Unter 50 Abgeordneten haben 21 eine Fanpage auf Facebook. Ein Teil hat auch ein privates Profil, das jedoch nicht in die Untersuchung einbezogen wurde. Die Nutzung eines solchen Profils für die öffentliche Tätigkeit steht einerseits im Widerspruch mit den eigentlichen Praktiken, die sozialen Netzwerke einzusetzen, andererseits beraubt es die Abgeordneten auch der Möglichkeit, viele Funktionen, die ausschließlich auf den Fanpages zugänglich sind, zu nutzen. Dennoch haben 14 Abgeordnete einen Link von ihrer Webseite zum persönlichen Profil gelegt.

Abgeordnete, die Fanpages besitzen, unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Anzahl der Fans. Den Rekord hält Jerzy Buzek mit fast 44.500 Fans, was sich aber aufgrund des von ihm ausgeübten Amtes des Präsidenten des Europäischen Parlaments in der ersten Hälfte der Wahlperiode nicht mit den anderen Abgeordneten vergleichen lässt. Spitzenwerte liegen hier zwischen 6.000 und 1.000 Fans. Weniger als 200 Fans haben sechs Parlamentarier.

Allerdings ist die Anzahl der aktiven Fans im Fall von Facebook als Mittel der Interaktion wesentlich und nicht nur die schlichte Anzahl der Fans überhaupt. Dies aber ist, wie die Untersuchungen zeigen, von der Aktivität des Seiteninhabers abhängig, denn die Internetnutzer reagieren auf *posts*. Je mehr interessante Einträge ein Abgeordneter *postet*, desto lieber reagieren die Fans. Die ungleiche Aktivität der Abgeordneten und – damit verbunden – Aufforderung an die Rezipienten zu reagieren, verursacht, dass sich die Anzahl der engagierten Fans (die »gefällt mir« anklicken, kommentieren und eigene Ansichten oder Informationen mitteilen) auf den betreffenden Fanpages sehr unterscheidet: Von 982 bei Jerzy Buzek, 354 bei Wojciech Olejniczak (*S&D*), 122 bei Rafał Trzaskowski (*EVP*) und 104 bei Paweł Kowal (*ECR*) bis zu nur einigen oder gar keinem aktiven Fan (Stand: Dezember 2011/Januar 2012). Interessanterweise lassen sich auch niedrige Werte im Fall der Seiten feststellen, die viele Fans haben. Das heißt, dass sich die Abgeordneten mit vielen Fans nicht unbedingt darum kümmern, diese auch zu aktivieren. Gleichzeitig gilt aber auch, dass es schwieriger ist, einen deutlichen Prozentsatz zu aktivieren, je größer die Anzahl der Fans ist.

Twitter scheint auf den ersten Blick ein ähnlicher Kommunikationskanal wie Facebook zu sein. Es bietet die Möglichkeit, kurze Nachrichten und Kommentare auszutauschen, kürzer als auf Facebook und zielgruppenorientiert. Vor allem wird dieses Medium in eher formalen Beziehungen eingesetzt, in dienstlichen oder geschäftlichen Kontexten, und es sammelt die Internetnutzer um konkrete Themen oder Interessen. Twitter ermöglicht darüber hinaus, auf einfache Weise in Dialog zu treten – die polnischen Abgeordneten machen

davon zum Teil Gebrauch und tauschen sich untereinander sowie mit anderen Nutzern aus. Twitter ist allerdings ein Medium, das relativ wenig in Polen verbreitet ist. Dank seiner Möglichkeiten, kurz und bündig zu kommunizieren, kann es aber ein wirksames Mittel im Kontakt mit Journalisten darstellen.

Unter den 50 Parlamentariern haben 16 ein Twitter-Konto, davon *tweeten* zehn relativ häufig (mehrmals wöchentlich oder täglich bzw. mehrmals täglich), drei dagegen seltener als ein Mal im Monat. Die aktivsten Abgeordneten auf Twitter mit täglichen *tweets* sind Jerzy Buzek, Paweł Kowal und Róża Thun (EVP).

Ein anderes Kommunikationsmittel, etwas weniger dynamisch als die bereits genannten, ist ein Blog. Im Allgemeinen präsentieren hier die Abgeordneten längere Aussagen zu einem konkreten Thema, das sie genau entfalten und argumentativ beleuchten. Daher ist der Einsatz von Blogs in der Regel seltener. Blogs führen gegenwärtig 17 polnische Abgeordnete im Europäischen Parlament. Sechs von ihnen stellen relativ häufig Einträge ein – bis zu mehrmals wöchentlich. Die übrigen beschränken sich auf einmal wöchentlich, mehrmals monatlich oder seltener.

Über Europa oder über Polen?

Abgesehen von der Anzahl, den Unterschieden und der Häufigkeit bei der Nutzung internetgestützter Medien sind die kommunizierten Inhalte untersuchenswert. Wesentlich ist, ob polnische Themen oder europäische Angelegenheiten dominieren. Aufgabe von Europaparlamentariern ist es vor allem, sich mit europäischen Angelegenheiten zu befassen, so dass sie vor allem diesen den größten Teil ihrer Bekanntmachungen widmen sollten. Dies ist auch bei den aktuellen polnischen Deputierten der Fall. Die Mehrheit (33) widmet sich in den Einträgen auf ihren Webseiten vor allem europäischen Fragen (vor allem den Bereichen Finanzen und Wirtschaft, soziale Angelegenheiten, Außenpolitik, Regionalpolitik und Strukturfonds). Neun konzentrieren sich auf allgemeinpolnische Themen (in den Bereichen Finanzen und Wirtschaft, soziale Angelegenheiten, Landwirtschaft, Sport und Touristik, Justizwesen und Korruption, Wertefragen, politische Situation in Polen) und acht auf regionale polnische Angelegenheiten (Bildung, Höheres Schulwesen und Lehre, Entwicklung, soziale Angelegenheiten, politische Situation in Polen).

Die Analyse konkreter, im Losverfahren ausgewählter Texte von den Webseiten der Abgeordneten zeigt, dass, wenn sich der betreffende Text vor allem mit polnischen Angelegenheiten auseinandersetzte, sich diese dann gewöhnlich seltener mit der Spezialisierung des Abgeordneten im Europäischen Parlament verknüpften. Es gab aber auch Fälle, dass sich der Inhalt, der Polen

betraf, auf Fragen bezog, mit denen sich der Abgeordnete im Europäischen Parlament befasst, was sicherlich eine berechtigte Praxis ist. Fachlich durchaus angebracht ist, dass sich ein Deputierter, der beispielsweise im Wirtschaftsausschuss sitzt, zu wirtschaftlichen Fragen im eigenen Land äußert oder wenn er zur *Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperation EU-Ukraine* gehört, die polnisch-ukrainischen Beziehungen kommentiert. Auf diese Weise kann er fachlich Einfluss auf die polnische öffentliche Debatte nehmen und sie um die Brüsseler/Straßburger Perspektive bereichern. Dies gehört zu den Aufgaben eines Abgeordneten. Im Allgemeinen haben sich weniger als die Hälfte der analysierten Texte mit Fragen befasst, in denen sich die Abgeordneten spezialisieren.

Inhalte, die andere Abgeordnete oder andere polnische Parteien kritisierten, haben 18 Abgeordnete eingestellt, davon stammte die deutliche Mehrheit aus der ECR sowie aus der *Fraktion »Europa der Freiheit und Demokratie«* sowie jeweils drei von EVP-Abgeordneten und den Sozialdemokraten.

Unabhängig von den Themen bezog sich eine relativ große Anzahl von Texten auf den Webseiten der Abgeordneten auf deren Aktivitäten in ihren Regionen in Polen, die sie für Werbung für das Europäische Parlament nutzen (Wettbewerbe, Ausstellungseröffnungen, Treffen mit Schülern, Beiträge auf Konferenzen), sowie auf ihre Tätigkeiten im Europäischen Parlament selbst (Veröffentlichung des Terminkalenders des Abgeordneten für die kommende Woche, von ihm eingebrachte Anfragen, Treffen mit der Europäischen Kommission). Darüber hinaus waren typische Beiträge auch Kommentare zur aktuellen Lage, die wiederum die Funktion der Europaparlamentarier miteinbezogen. Dieser Typ Information wird in der Regel auf den Webseiten der Abgeordneten am stärksten erwartet.

Die Analyse der Aktivitäten der polnischen Abgeordneten in der siebten Wahlperiode des Europäischen Parlaments zeigt, dass es ihnen insbesondere in den Bereichen, die die Mehrheit von ihnen als prioritär definiert hat, gelungen ist, auf die Entscheidungen des Parlaments Einfluss zu nehmen, entweder durch die Übernahme wichtiger Funktionen (Berichterstatte oder Verfasser einer Stellungnahme) oder indem eine Koalition aus Unterstützern aufgebaut wurde. Allmählich werden die Abgeordneten auch immer professioneller in der Kommunikation über internetgestützte Medien. Auf diesem Feld bleibt zwar noch viel zu tun, jedoch lassen sich bei vielen Abgeordneten Bemühungen wahrnehmen, ihre Aktivitäten im Internet zu verbessern.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate
Informationen über die Autoren finden Sie auf der
nächsten Seite.*

Über die Autoren

Dr. Agnieszka Łada ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau und dort Leiterin des Europäischen Programms. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Institutionen der Europäischen Union, insbesondere das Europäische Parlament und die EU-Ratspräsidentschaft, Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außenpolitik, die Wahrnehmung der Polen im Ausland und von Ausländern in Polen sowie Kommunikationsprozesse.

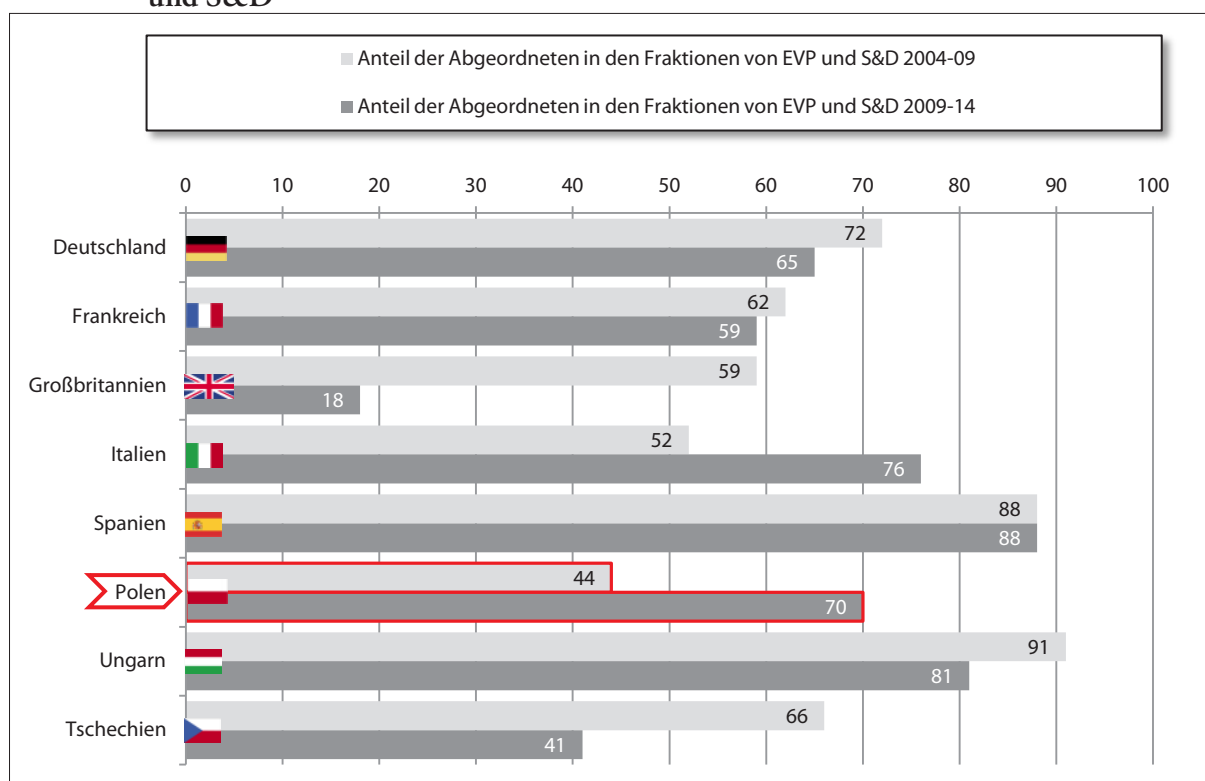
Melchior Szczepanik ist Experte am Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau und Sekretär des Auswärtigen Ausschusses des Senats der Republik Polen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Polnische EU-Abgeordnete im Vergleich

Methodische Anmerkung: Alle im Text und in den folgenden Grafiken dargestellten Daten beziehen sich auf die Ergebnisse der bis Ende 2011 vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw publicznych – ISP) durchgeführten Untersuchungen unter den damals 50 polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Zurzeit haben dort 51 polnische Parlamentarier ein Mandat, d.h. die Amtszeit des neuen polnischen Abgeordneten Arkadiusz Bratkowski, deren Beginn mit dem Abschluss der Untersuchungen zusammenfiel, wurde aus Gründen der mangelnden Vergleichbarkeit mit der Amtszeit der anderen Abgeordneten in der Untersuchung nicht berücksichtigt.

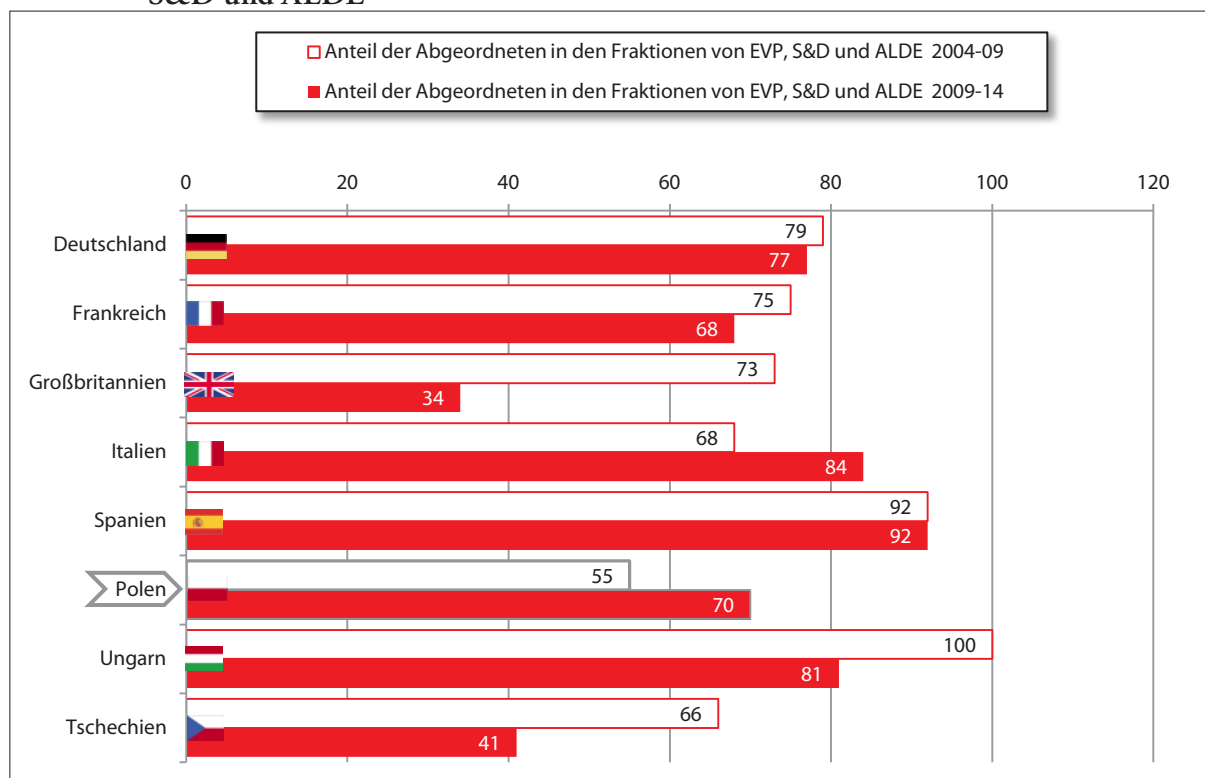
Grafik 1: Anteil der Abgeordneten aus ausgewählten EU-Ländern in den Fraktionen von EVP und S&D



EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei; S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament

Quelle: Berechnungen von Agnieszka Łada und Melchior Szczepanik auf der Grundlage von Daten der Webseite des Europäischen Parlaments. ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

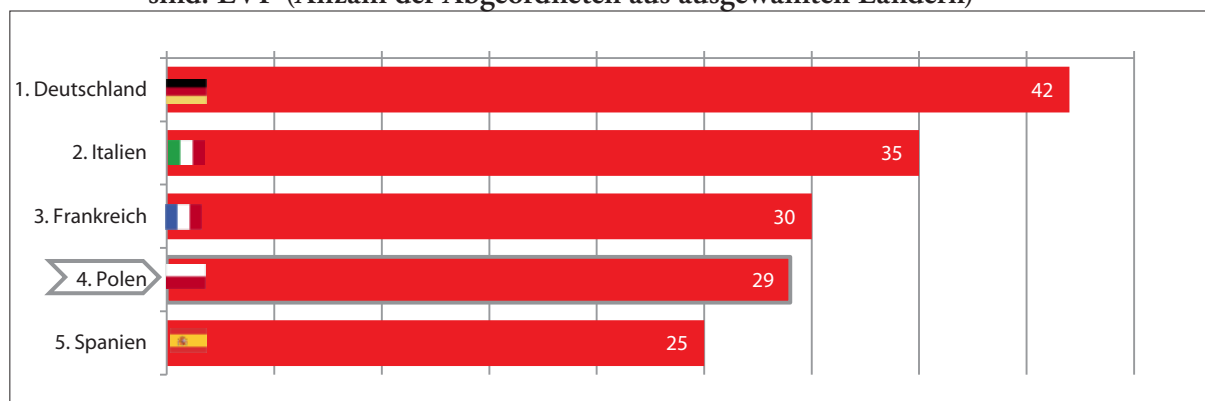
Grafik 2: Anteil der Abgeordneten aus ausgewählten EU-Ländern in den Fraktionen von EVP, S&D und ALDE



EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei; S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament; ALDE – Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

Quelle: Berechnungen von Agnieszka Łada und Melchior Szczepaniak auf der Grundlage von Daten der Webseite des Europäischen Parlaments. ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

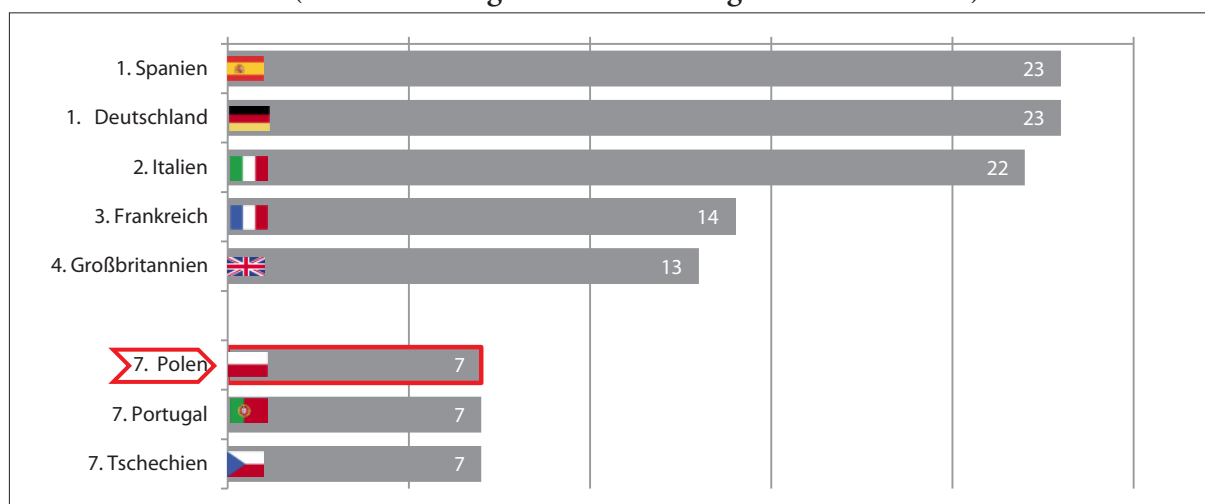
Grafik 3: Fraktionen des Europäischen Parlaments, in denen polnische Abgeordnete vertreten sind: EVP (Anzahl der Abgeordneten aus ausgewählten Ländern)



EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei

Quelle: Berechnungen von Agnieszka Łada und Melchior Szczepaniak auf der Grundlage von Daten der Webseite des Europäischen Parlaments. ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

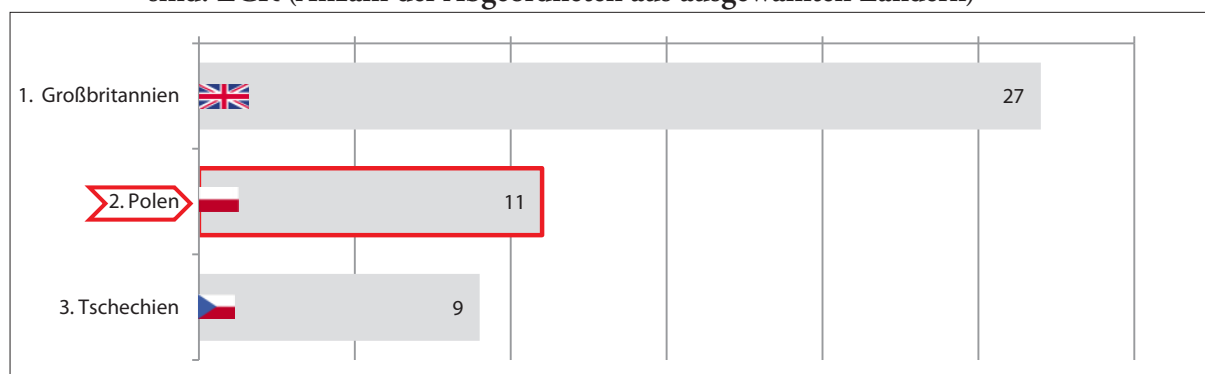
Grafik 4: Fraktionen des Europäischen Parlaments, in denen polnische Abgeordnete vertreten sind: S&D (Anzahl der Abgeordneten aus ausgewählten Ländern)



S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament

Quelle: Berechnungen von Agnieszka Łada und Melchior Szczepaniak auf der Grundlage von Daten der Webseite des Europäischen Parlaments. ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

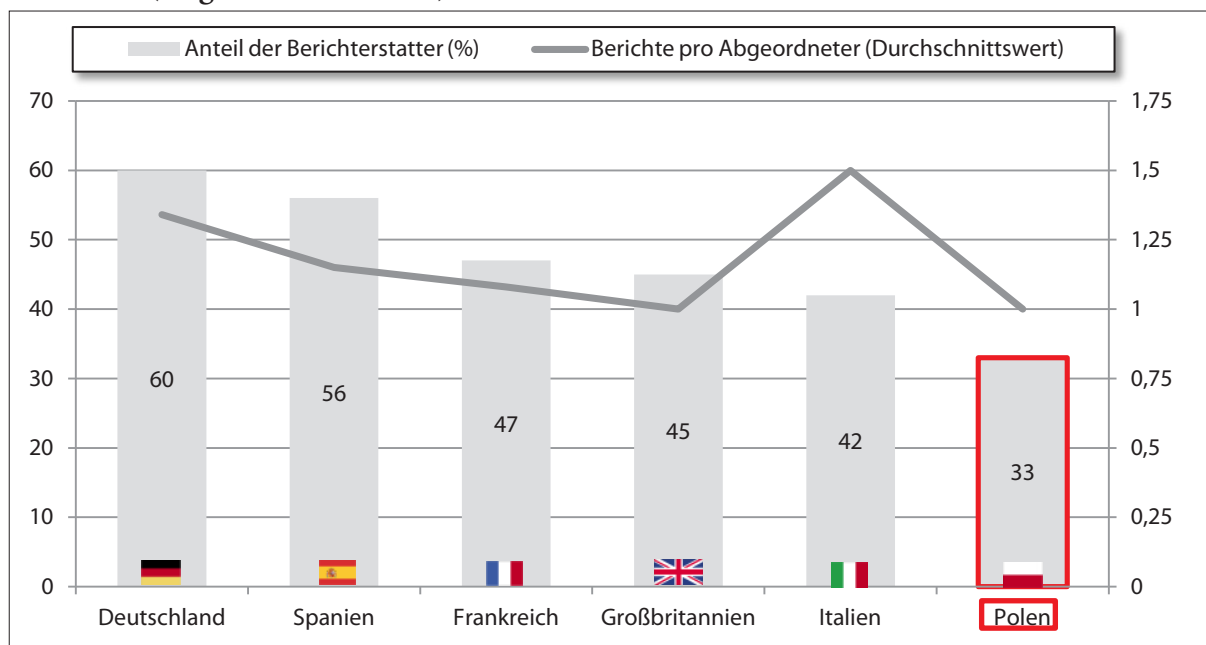
Grafik 5: Fraktionen des Europäischen Parlaments, in denen polnische Abgeordnete vertreten sind: ECR (Anzahl der Abgeordneten aus ausgewählten Ländern)



ECR – Europäische Konservative und Reformisten

Quelle: Berechnungen von Agnieszka Łada und Melchior Szczepaniak auf der Grundlage von Daten der Webseite des Europäischen Parlaments. ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

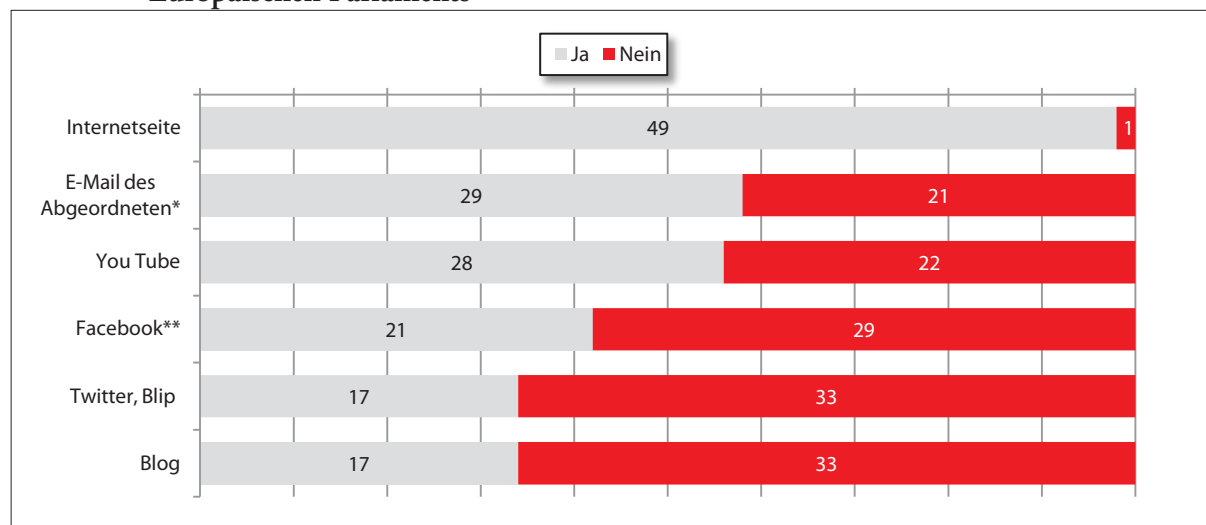
Grafik 6: Anteil der Abgeordneten in der Funktion des Berichterstatters (ausgewählte Nationen)



Quelle: Berechnungen von Agnieszka Łada und Melchior Szczepanik auf der Grundlage von veröffentlichten Daten auf der Internetseite Vote Watch: www.votewatch.eu (abgerufen am 5.01.2012), ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

Nutzung von internetgestützten Medien durch polnische EU-Abgeordnete

Grafik 7: Nutzung von internetgestützten Medien durch polnische Abgeordnete (50) des Europäischen Parlaments

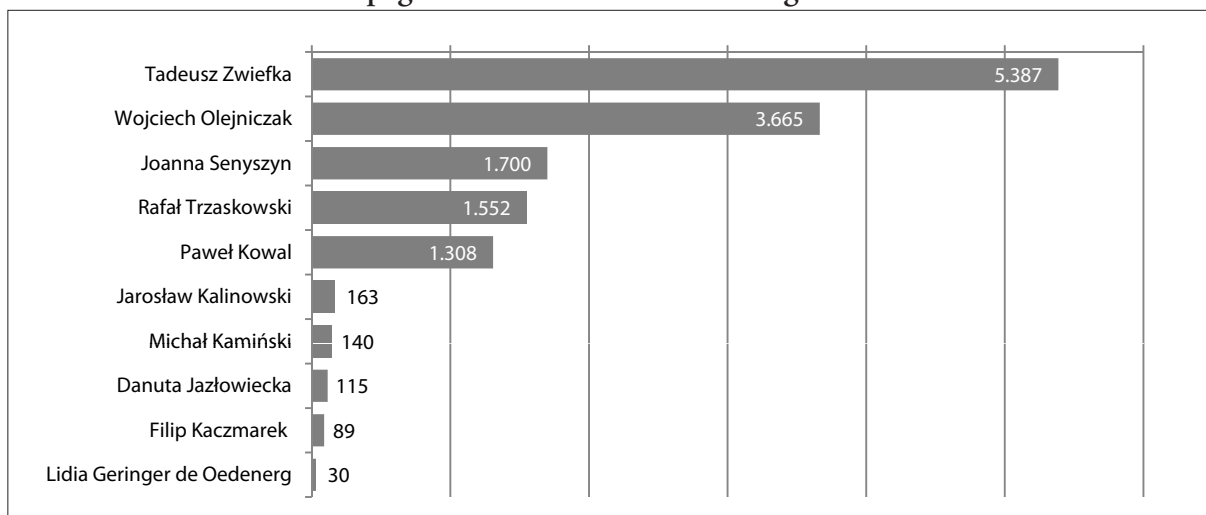


* direkte E-Mail-Adresse des Abgeordneten, die auf der Webseite des Europäischen Parlaments angegeben ist (d.h. nicht die E-Mail-Adresse eines Assistenten und kein Kontaktformular)

** berücksichtigt wurden nur öffentliche Konten der Abgeordneten auf Facebook, sogenannte Fanpages

Quelle: ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

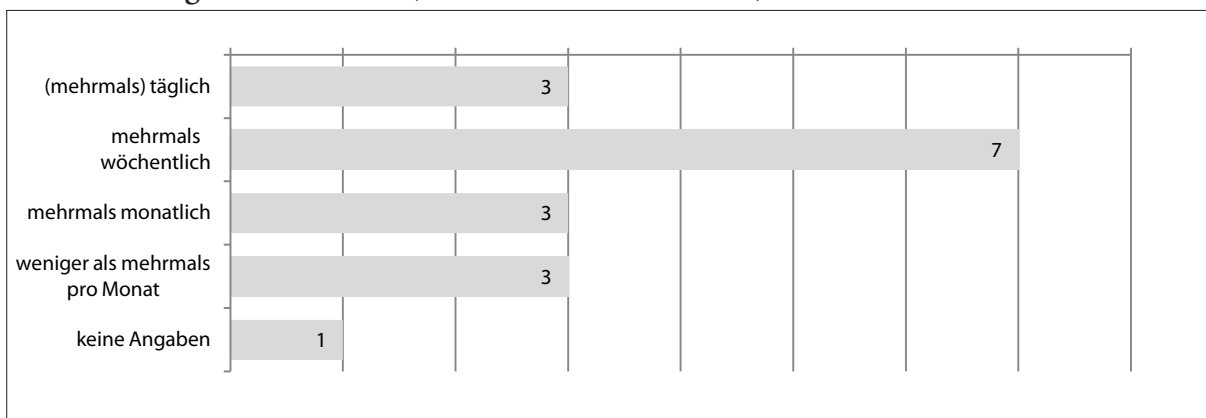
Grafik 8: Die Anzahl der Fans von ausgewählten polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments – Fanpages mit den meisten bzw. wenigsten Fans



Anm.: Nicht berücksichtigt wurden die Daten für Jerzy Buzek (über 44.000 Fans, Stand: 31.12.2011)

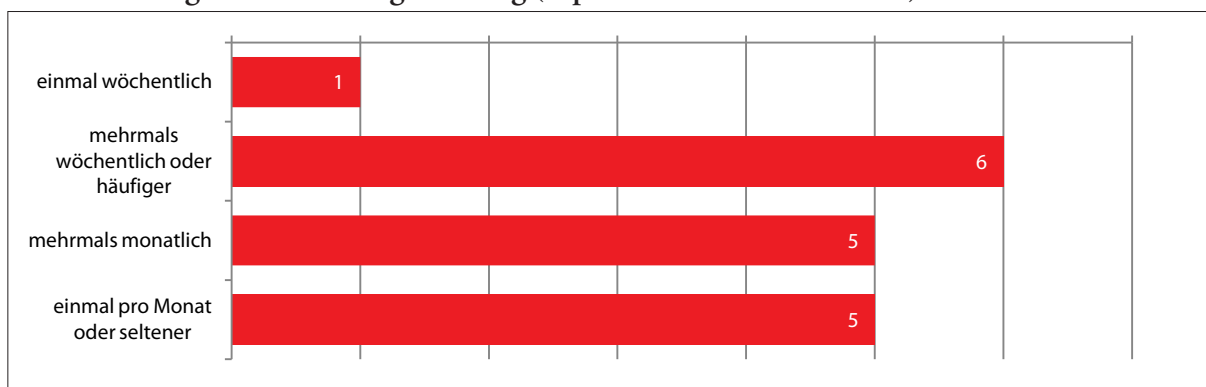
Quelle: ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

Grafik 9: Die Häufigkeit der von polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments eingestellten Tweets (Oktober – November 2011)



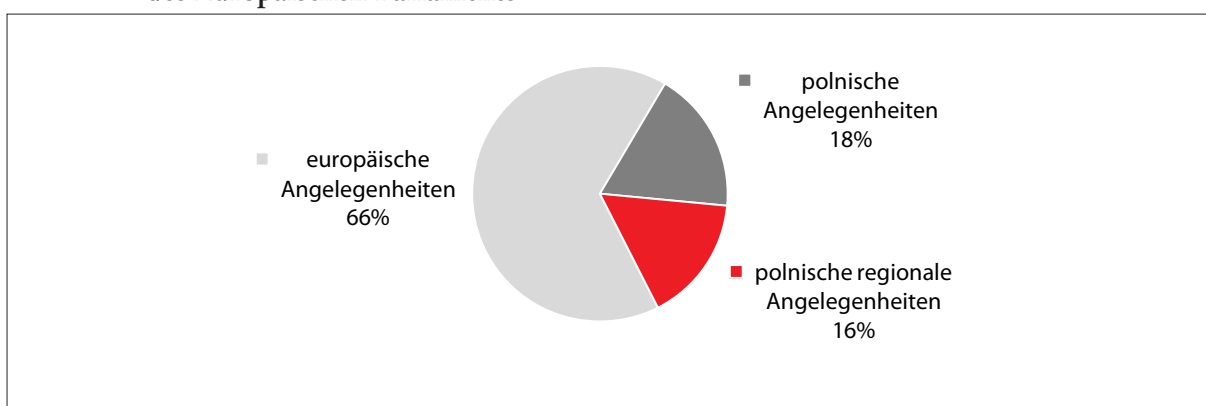
Quelle: ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

Grafik 10: Die Häufigkeit der von polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments eingestellten Beiträge im Blog (September – November 2011)



Quelle: ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

Grafik 11: Das Hauptthema der Einträge auf den Internetseiten der polnischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments



Quelle: ISP [Instytut Spraw Publicznych] 2012

Anmerkung: Die verwendeten Daten basieren auf Untersuchungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) Warschau, die mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen durchgeführt wurden. Die vollständigen Untersuchungsergebnisse werden in zwei Publikationen veröffentlicht, die Ende April 2012 erscheinen werden unter: www.isp.org.pl

CHRONIK

Vom 20. März bis zum 2. April 2012

20.03.2012	Die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) unterbreitet ihrem Koalitionspartner Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) zwei Vorschläge in Sachen Rentenreform. Demnach soll das Renteneintrittsalter nur um zwei Jahre angehoben werden (bei Frauen künftig ab 62 Jahre, bei Männern ab 67 Jahre; die PO strebt eine generelle Anhebung auf 67 Jahre an) bzw. sollen Betroffene selbst über ihren Renteneintritt entscheiden können, wenn sie genügend Kapital eingezahlt haben.
21.03.2012	Der Fraktionschef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Rafał Grupiński, gibt bekannt, dass der PO-Vorstand Ministerpräsident Donald Tusk beauftragt hat, mit den oppositionellen Fraktionen Gespräche zu führen, um eine Mehrheit für die Rentenreform zu gewinnen. Am Vortag gab es keine Einigung mit dem Koalitionspartner Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL).
21.03.2012	In Berlin treffen sich die Außenminister Deutschlands, Polens und Russlands, Guido Westerwelle, Radosław Sikorski und Sergej Lawrow. Thematisiert werden die trilateralen Beziehungen sowie die Beziehungen zwischen der EU und Russland und die aktuelle Lage in Belarus und Syrien. Sikorski betont die Notwendigkeit des Dialogs in schwierigen Fragen, beispielsweise im Bereich der Energieversorgung.
22.03.2012	Auf dem II. Demographie-Kongress (II. Kongres Demograficzny) gibt das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) aktuelle Zahlen der letzten Volkszählung (2011) bekannt. Von 38,5 Mio. polnischen Staatsbürgern gaben 91,56 % ausschließlich die polnische Nationalität, 2,17 % die polnische und eine nicht-polnische Nationalität und 1,44 % ausschließlich eine nicht-polnische Nationalität an. 418.000 Personen nannten die schlesische als erste Nationalität, dies sind 245.000 mehr als bei der letzten Volkszählung im Jahr 2002. Die deutsche Nationalität gaben 49.000 Personen als erste Nationalität an (2002: 153.000).
23.03.2012	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, appelliert in einem Beschluss des Politischen Ausschusses von PiS an die ehemaligen Parteikollegen, die PiS nicht aus programmatischen Gründen verlassen hatten, sich der Partei wieder anzuschließen, um als geschlossene konservative Kraft Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können.
24.03.2012	Auf dem Gründungsparteitag von »Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro« (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobra) wird Zbigniew Ziobro zum Parteivorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wird Jacek Kurski. Am Kongress nahmen zirka 1.500 Personen teil. In seiner Rede hebt Ziobro hervor, dass im Zentrum der Politik von »Solidarisches Polen« die soziale Gerechtigkeit und eine familienfreundliche Politik stehen sollen. Des Weiteren spricht er sich für eine Steuersenkung für Einkommensschwache aus sowie gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Polen.
26.03.2012	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote im Februar 2012 13,5 %, das sind 46.700 Personen mehr als im Januar 2012 (13,2 %) und 18.000 Personen mehr als im Februar 2011 (13,4 %).
26./27.03. 2012	Bei seinem ersten Auslandsbesuch als Bundespräsident trifft Joachim Gauck in Warschau Staatspräsident Bronisław Komorowski und Ministerpräsident Donald Tusk. Auf einer Pressekonferenz betonen Gauck und Komorowski die enge Verbundenheit zwischen Deutschland und Polen. Gaucks Antrittsbesuch in Warschau sei ein deutliches Zeichen der Zusammenarbeit, die weiter gehe als die normale Aussöhnung zwischen zwei Völkern, so Komorowski.
28.03.2012	In seiner Rede bei einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament zur Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 äußert der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, seine Vermutung, dass es sich bei dem Flugzeugabsturz um einen Anschlag gehandelt habe.
29.03.2012	Ministerpräsident Donald Tusk und sein Stellvertreter und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak geben den Kompromiss der Regierungskoalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) zur Rentenreform bekannt. Das Renteneintrittsalter wird für Männer (ab 2020) und Frauen auf 67 Jahre (ab 2040) angehoben. Es besteht die Möglichkeit für Männer, ab dem 65. und für Frauen ab dem 62. Lebensjahr in Rente zu gehen, wobei sich als Ausgleich für die längere Rentenphase die Rentenhöhe verringert.
29.03.2012	In seiner jährlichen Grundsatzrede zur Außenpolitik vor dem Sejm hebt Außenminister Radosław Sikorski hervor, dass Polen bereits eine wichtige Position in der Europäischen Union einnimmt. Wichtigster Partner Polens in Europa sei wegen seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts Deutschland, außerhalb Europas die USA. Die erste polnische EU-Ratspräsidentschaft (2. Hälfte 2011) bewertet Sikorski als die beste seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags im Dezember 2009.

29.03.2012	Ministerpräsident Donald Tusk spricht sich vehement dafür aus, den Vorwurf aufzuklären, dass es in Polen in den Jahren 2002 und 2003 geheime Gefängnisse des US-amerikanischen CIA gegeben habe, in denen Kriegsgefangene der USA gefoltert worden seien. In diesem Zusammenhang hatte die Staatsanwaltschaft in Warschau Vorwürfe gegen den damaligen Chef des Geheimdienstes (Agencja Wywiadu), Zbigniew Siemiatkowski, erhoben.
30.03.2012	Im Sejm findet eine Debatte über den Kompromiss der Regierungskoalition zur Rentenreform statt. Ministerpräsident Donald Tusk stellt heraus, dass die Reform keine Garantie für hohe Renten sei, sondern ermögliche, Renten auszuzahlen, die eine Minimalversorgung bieten. Das derzeitige Rentensystem biete dagegen keine Rentengarantie. Der Sejm lehnt die Forderung der Gewerkschaft Solidarność ab, ein Referendum über die Beibehaltung des aktuellen Renteneintrittsalters (Männer 65 Jahre, Frauen 60 Jahre) durchzuführen.
31.03.2012	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, spricht sich für die Erarbeitung einer neuen Verfassung aus. PiS wolle aus diesem Grunde den anderen Fraktionen vorschlagen, im Sejm und im Senat einen außerordentlichen Ausschuss für diese Aufgabe zu berufen. Die geltende Verfassung behindere Veränderungen im aktuellen »postkommunistischen System«.
02.04.2012	In einer Stellungnahme der Polnischen Bischofskonferenz zum Kompromiss der Regierung zur Rentenreform wird an die verantwortlichen Politiker appelliert, nicht nur die notwendige Reform des Rentensystems durchzuführen, sondern auch mit einer vorrausschauenden Familienpolitik eine demographische und wirtschaftliche Katastrophe für künftige Generationen zu vermeiden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen